



## **Skandal! DGB und BDA führen Gespräche über Streikrecht!**

**Wir fordern dem DGB auf: lasst eure Finger von jeglicher Streikrechtseinschränkung!**

Wie in unserem NWI-Info Nr. 29 schon kurz gemeldet, planen der DGB und die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) einen gemeinsamen Gesetzesinitiative, um das Streikrecht einzuschränken. Dies ist schon ein merkwürdiges Verständnis von Gewerkschaftspolitik, mit dem Klassengegner gemeinsame Eckpunkte zum Streikrecht vereinbaren zu wollen. Die schärfste Waffe der abhängig Beschäftigten darf sich eine Gewerkschaft nicht vom Klassengegner stumpf schleifen lassen. Dies ist ein Skandal und darf nicht geschehen!

### **Was ist genau beabsichtigt?**

Ein neues Tarifvertragsgesetz soll ermöglichen, dass in einem Betrieb mit konkurrierenden Tarifverträgen nur derjenige Tarifvertrag zur Anwendung kommt, dessen Gewerkschaft die meisten Mitglieder hat. Für die Dauer dieser vorrangigen Tarifvereinbarung bestünde für alle anderen im Betrieb vertretenen Gewerkschaften Friedenspflicht. Mit anderen Worten: in dieser Zeit wären Arbeitskämpfe konkurrierender Gewerkschaften ausgeschlossen!

### **DGB in traurer Eintracht mit dem BDA!**

Sommer warnt vor einer "Zerklüftung der Tariflandschaft". Das Prinzip "Ein Betrieb - ein Tarifvertrag" habe sich bewährt. Das klingt fürs erste recht vernünftig, insbesondere vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren verstärkt aufgetauchten Scheingewerkschaften, wie christlichen oder direkt von den Unternehmen gesponserten Betriebsgewerkschaften wie die A.U.B. (Siemens), deren Chef inzwischen im Gefängnis sitzt! BDA-Chef Hundt erklärte, dass die Unternehmerverbände und die DGB-Gewerkschaften in den vergangenen Jahren "gemeinsam die Flächentarifverträge modernisiert und flexibilisiert" hätten. „Diese Tarifordnung wollen wir gemeinsam erhalten“!

### **Wen soll es wirklich treffen?**

Beim zweiten Blick aber wird deutlich, gegen wen sich der Vorstoß des DGB und BDA wirklich richtet. Betrachten wir die Streiktätigkeit christlicher Gewerkschaften und "Gewerkschaften" wie die A.U.B., stellen wir erstaunt fest, dass diese sogenannten "Gewerkschaften" noch nie gestreikt haben und dies wohl auch nie tun werden! Es wird klar, der Vorstoß richtet sich einzig und allein gegen Gewerkschaften wie GDL, Cockpit, Marburger Bund, F.A.U. usw., die zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch streiken. Unabhängig davon, wie stark diese Verbände mal mehr, mal weniger als reine Sparten-, Berufs-Gewerkschaften oder gar als ständische Vertretungen wirken und eingeschätzt werden müssen, muss für uns entscheidend sein: diese Verbände / Gewerkschaften *kämpfen* immer wieder (und dies mit durchaus gewerkschaftlichen Methoden wie Streik und oft für BRD und DGB-Verhältnisse recht ungewohnter Konsequenz!) gegen unzureichende Bezahlung, für bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten usw. usf. ihrer jeweiligen Klientel! Etwas, was die Mehrheit der DGB-Gewerkschaften (außer ab und zu mal ein paar Warnstreikrunden), mit ihrer Anpassungs- und Verzichtspolitik sowie ihrem Standortdenken ("Modernisierung der Tarifpolitik") in den letzten Jahren immer weniger tun! Damit stellen sich diese Verbände immer wieder gegen den aktuellen Anpassungs- und Verzichtskurs des DGB! Voila, da liegt für die DGB-Gewerkschaften der Hase im Pfeffer! Mit ihrem Gesetzes-Vorstoß versuchen die DGB-Gewerkschaften, sich diese lästige Infragestellung ihrer aktuellen Verzichtspolitik für die Zukunft vom Halse zu schaffen!

### **Streikrechtseinschränkungen in anderen Ländern der EU!**

Ja, es gab in anderen Länder der EU ähnliche (oder auch andere) Streikeinschränkungsgesetze (z.B. in England in den 80er Jahren, in Frankreich vor wenigen Jahren). Es ist klar, in Zeiten sich zuspitzender Klassengegensätze wie in dieser Krise, versucht das Kapital immer, sowohl die nicht - als auch die festgeschriebenen Widerstandsrechte der ArbeiterInnenbewegung einzugrenzen. Diese Eingrenzungen wurden aber immer von Seiten der Regierung und des Kapitals, mehr oder weniger gegen den Widerstand der jeweiligen Gewerkschaftsführungen, durchgesetzt.

Aber nach unserem Wissen hat sich nirgends ein gewerkschaftlicher Dachverband erniedrigt, zusammen mit dem Hauptvertreter des Kapitals eine Streikrechtsbeschränkung von der Regierung einzufordern!! Dies ist in Europa ein einmaliger und skandalöser Vorgang, ein neuer Tiefpunkt der sozialpartnerschaftlichen Politik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften!

### **Entschiedener innergewerkschaftlicher Protest gegen die Aushöhlung des Streikrechts ist angesagt!**

Wir fordern alle aktiven und kritische GewerkschafterInnen auf, den DGB und seine Einzelgewerkschaften mit Mails, Telefonaten, offenen Briefen, Protesterklärungen und mündlichen Beiträgen zu bestürmen:

**Lasst ab von diesem unseligen Vorhaben und der direkten Zusammenarbeit mit dem Kapital!**

Eine innergewerkschaftliche Protestkampagne ist nötig.

**Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft - hat schon verloren!**

**Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken**

#### **Impressum:**

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: [HKroha@t-online.de](mailto:HKroha@t-online.de)

Redaktionsschluss: 27. Juni 2010